

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

17.03.15

Ausstattung der Polizei bei Terrorgefahr

Wir fragen den Senat:

Wie viele auswärtige Polizeibeamte wurden in Bremen bei der konkreten Terrorgefahr am 28. Februar 2015 eingesetzt?

Welche Probleme gab es bei dem Einsatz mit der Ausrüstung der Bremer Polizei?

Wie viele Polizeibeamte wurden für den Einsatz aus der dienstfreien Zeit in den Dienst gerufen, und welche Probleme gab es hierbei?

Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

2.

17.03.15

Kostenbeteiligung bei gewinnorientierten Großveranstaltungen

Wir fragen den Senat:

In welchen Fällen kam es bei Großveranstaltungen seit der Änderung des Gebühren- und Beitragsgesetzes zu einer Kostenbeteiligung der Veranstalter für Polizeieinsätze?

Welche Höhe hatten die bisherigen Gebührenbescheide?

Plant der Senat noch in der aktuellen Fußball-Bundesliga-Saison einen Gebührenbescheid zu erlassen?

Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

3.

17.03.15

Präventionsprojekt „Kein Täter werden“

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat das Präventionskonzept „Kein Täter werden“?

Ist eine Beteiligung bzw. Kooperation des Landes Bremen oder seiner Gemeinden geplant?

Welche weiteren Präventionsprojekte gibt es in Bremen, um Missbrauch von Kindern und/oder Jugendlichen zu verhindern?

Gabriela Piontkowski, Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

4.

17.03.15

Länderübergreifende Spezialeinheit zur Steuerprüfung großer Konzerne und Steuerzahler?

Diese Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist inzwischen zurückgezogen.

5.

17.03.15

Verbreitung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Wir fragen den Senat:

Plant der Senat, die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in der aktuell geltenden Fassung für den Gebrauch in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen neu zu verlegen?

Dr. Herman Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

6.

18.03.15

Telefonieren mit Voice-over-IP - Probleme bei der Umstellung auf Internettelefonie

Wir fragen den Senat:

1. Sind dem Senat Probleme im Vorfeld der bis zum Jahre 2018 angestrebten flächendeckenden Umstellung von Telefonanbietern (u. a. der Telekom) auf die Voice-over -IP-Technologie bekannt?
2. Wie bewertet der Senat diese Umstellung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese für die Verbraucherinnen/Verbraucher mit zum Teil hohen Kosten und technischem Aufwand sowie einer großen Störanfälligkeit verbunden ist?
3. Wie kann trotzdem die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden, wenn während eines mehrere Stunden andauernden Ausfalls z. B. Hausnotrufsysteme nicht mehr funktionieren?

Sarah Ryglewski, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

7.

18.03.15

Qualifizierte Leichenschau

Wir fragen den Senat:

Welchen sachlichen Grund gibt es, dass der Gesetzgebungsprozess zur gesetzlichen Verankerung der qualifizierten Leichenschau in Bremen noch nicht in Gang gesetzt wurde?

Aus welchem Grund wurde die ohne Gesetzesänderung mögliche Einführung der qualifizierten Leichenschau in Alten- und Pflegeheimen sowie in den GeNo-Krankenhäusern noch nicht umgesetzt?

Wann konkret ist mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Einführung der qualifizierten Leichenschau zu rechnen?

Gabriela Piontkowski, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

8.

19.03.15

Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter der Polizei in Bremen und Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

Wie viele Mitarbeiter, berechnet nach Vollzeitäquivalenten, hatten die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven jeweils zu den Stichtagen 1. Januar 2008 und 1. Januar 2015?

Wie viele Einstellungen von Polizeivollzugsbeamten wurden jeweils für die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven in den Jahren 2012, 2013 und 2014 vorgenommen?

Wie viele Polizeivollzugsbeamte der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven werden voraussichtlich in den Jahren 2015, 2016 und 2017 in den Ruhestand gehen?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

9.

19.03.15

Blockupy Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse zu Strukturen und Mitgliederzahlen liegen dem Senat über das Bündnis „Blockupy Bremen“ vor?

2. Bestehen nach den Informationen des Senats Verbindungen zwischen „Blockupy Bremen“ und Vereinigungen oder Personen, die dem linksextremen Spektrum zuzurechnen sind, und wenn ja, um welche Vereinigungen handelt es sich dabei?

3. Wie viele Mitglieder von „Blockupy Bremen“ beteiligten sich nach den Erkenntnissen des Senats an den Protestkundgebungen in Frankfurt am Main anlässlich der Eröffnung der neuen EZB-Zentrale am 18. März 2015, und wie viele dieser Mitglieder oder Personen aus dem Umfeld von „Blockupy Bremen“ nahmen aktiv an den massiven Ausschreitungen in der Stadt teil bzw. begingen strafbare Handlungen im Rahmen der Veranstaltung?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

10.

19.03.15

Missbrauch von Laserpointern

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Fälle von Blendungen durch Laserpointer sind 2014 in Bremen zur Anzeige gebracht worden, wie hat sich die Zahl dieser Vorfälle seit 2010 entwickelt, und wie viele Menschen sind dabei zu Schaden gekommen (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
2. In wie vielen Fällen wurden 2014 Laserpointer gegen Vollzugsbeamte eingesetzt, und wie häufig kam es zu Blendungen von Piloten im Bremer Luftraum, und wie hat sich die Zahl dieser Vorfälle seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
3. Wie bewertet der Senat die Forderung der Landesregierung von Baden-Württemberg, starke Laserpointer bundesweit zu verbieten, und wird das Land Bremen diese Initiative im Bundesrat unterstützen?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT

11.

25.03.15

Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Syrien und Irak

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Flüchtlinge aus Syrien wurden mittlerweile auf Basis der drei Aufnahmeprogramme des Bundes und der Länder in Bremen aufgenommen, und wie viele Aufnahmeanträge wurden in Bremen gestellt?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat zur Absenkung der Voraussetzungen für hier lebende Angehörige hinsichtlich der Verpflichtungserklärung und der Einbeziehung auch staatenloser Menschen aus Syrien?
3. Wie viele Personen wurden auf Basis des Erlasses e14-09-01 in Bremen aus Syrien und Irak jeweils aufgenommen, und welche Möglichkeiten sieht der Senat zur Ausweitung der regelhaften Anerkennung einer humanitären Härte auch für erwachsene Familienangehörige gemäß § 36 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz?

Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

12.

26.03.15

Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes „In den Plättern“ in Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

1. Wie weit ist die Bearbeitung des vom Magistrat der Stadt Bremerhaven im Jahre 2013 auf dem Weg gebrachte Einleitungsverfahrens zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes „In den Plättern“ nach § 17 des Bremischen Naturschutzgesetzes (BremNatG) in Verbindung mit § 26 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)?
2. Ist es üblich, dass es solch eine lange Zeit der Bearbeitung gibt?
3. Wann ist damit zu rechnen, dass der Senat das Gebiet „In den Plättern“ nach § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes durch Rechtsverordnung als Landschaftsschutzgebiet festsetzt?

Frank Schildt, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

13.

27.03.15

Justizvollzug

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen, für die das Land Bremen verantwortlich ist, sitzen derzeit im Justizvollzug ein, und wie viele davon sind in anderen Bundesländer untergebracht (bitte differenziert nach Bundesländern sowie nach Untersuchungshaft und Strafvollzug ausweisen)?
2. Wie hoch sind die Kosten, die für das Land Bremen pro Tag und Häftling anfallen, und wie haben sich diese Kosten seit 2010 entwickelt (bitte unterscheiden nach Strafvollzug und Untersuchungshaft sowie Unterbringung in Justizvollzugsanstalten im Land Bremen und in anderen Bundesländern)?
3. Wie viele Häftlinge, die derzeit in Verantwortung des Landes Bremen im Justizvollzug einsitzen, besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit, und wie hat sich die Zahl dieser Personen seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT

14.

27.03.15

Freies WLAN für alle

Wir fragen den Senat:

1. Welche rechtlichen und politischen Wirkungen erwartet der Senat aus der von der Bundesregierung geplanten Lockerung der Störerhaftung für dezentrale und lokale Freifunk-Initiativen sowie für Nachbarn oder Passanten offenes WLAN von Privatpersonen?
2. Wird sich der Senat auf Bundesebene für Änderungen am Entwurf der Bundesregierung zur Störerhaftung einsetzen - und welche sollten das gegebenenfalls sein?

Carsten Werner, Mustafa Öztürk, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15.

13.04.15

Unterbringung von Flüchtlingen in Einzelwohnungen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Einzelwohnungen wurden im Land Bremen zum Stichtag 31. Dezember 2014 von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen belegt, wie hat sich die Zahl der von dieser Personengruppe genutzten Wohnungen seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen), und welches Wohnungskontingent ist für Flüchtlinge im laufenden Jahr vorgesehen?
2. Bei wie vielen der Personen aus Frage 1 handelte es sich um vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, die im Land Bremen geduldet waren (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
3. Wie hoch war die Wohnungsquote bei Flüchtlingen zum 31. Dezember 2014, also der Anteil der dezentral in Wohnungen untergebrachten Personen an allen Flüchtlingen im Land Bremen, und wie hat sich diese Quote seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

16.

13.04.15

Schusswaffen im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Schusswaffen waren im Land Bremen zum Stichtag 31. März 2015 registriert, und wie hat sich deren Zahl seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren sowie nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
2. Wie hoch ist Schätzungen des Senats zufolge aktuell die Zahl der illegalen, nicht registrierten Schusswaffen im Land Bremen, und wie viele solcher Waffen wurden von der Polizei im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. März 2015 beschlagnahmt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
3. Wie viele Schusswaffen wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2005 und dem 31. Dezember 2014 im Land Bremen bei Straftaten eingesetzt, und wie viele dieser Schusswaffen waren illegal, d. h. trotz gesetzlicher Vorgabe nicht bei den Behörden angemeldet gewesen (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

17.

13.04.15

Vollzug der Ausreisepflicht

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele ausreisepflichtige Personen haben sich seit 2010 ihrer Abschiebung aus dem Land Bremen entzogen, indem sie zeitweilig oder dauerhaft untergetaucht sind (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
2. Aus welchen Gründen können ausreisepflichtige Personen nicht aus dem Land Bremen abgeschoben werden und welche Rolle spielt dabei der Umstand, dass die betroffenen Ausländer ihre nach §§ 48, 49 und 82 Aufenthaltsgesetz gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung an der Aufklärung ihrer Identität und der Beschaffung von Pass- bzw. Passersatzpapieren verweigern (bitte Anteil in Prozent aller Fälle angeben)?
3. Wie erklärt der Senat die Tatsache, dass die Quote der Abschiebungen aus dem Land Bremen, bezogen auf die Einwohnerzahl 2014, die niedrigste unter allen deutschen Bundesländern war, und dass die Zahl der Personen, die aus Bremen abgeschoben wurden, von 440 im Jahr 2002 auf nur noch 15 im Jahr 2014 zurückging und das, obwohl sich die Zahl der Asylanträge im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelte?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT

18.

13.04.15

Anwendung des Waffengesetzes im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Fällen haben die Behörden im Land Bremen seit 2003 Waffen- und Munitionserlaubnisse gemäß § 45 Absatz 2 Waffengesetz wegen fehlender Zuverlässigkeit der Berechtigten widerrufen, und welche der in § 5 Waffengesetz genannten Gründe waren für diese Maßnahmen jeweils einschlägig (bitte getrennt nach Jahren und Gründen ausweisen)?
2. Wie viele Betroffene haben gegen den Widerruf ihrer Waffen- und Munitionserlaubnis seit 2003 Widerspruch eingelegt, und wie viele dieser Widersprüche waren im Widerspruchs- oder Klageverfahren erfolgreich (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
3. Wie viele Diebstähle von registrierten Waffen privater Besitzer wurden im Land Bremen seit 2003 angezeigt, welcher Waffenbesitzergruppe waren die bestohlenen Personen zuzuordnen (bitte differenzieren nach Jägern, Sportschützen, Händlern/Herstellern, Sammlern, Sonstigen), und wie viele dieser Diebstähle konnten aufgeklärt werden (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

19.

13.04.15

Offene Haftbefehle im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Haftbefehle zur Vollstreckung von Strafhaft sind im Land Bremen derzeit offen (bitte getrennt nach Erwachsenenhaft, Jugendstrafrecht, Freiheitsstrafe und Ersatzfreiheitsstrafe, Untersuchungshaftbefehl, Unterbringungshaftbefehl, Sicherungshaftbefehl und Abschiebehaftbefehl sowie nach Bremen und Bremerhaven ausweisen), und was sind die drei wichtigsten Gründe, warum die Haftbefehle nicht vollstreckbar sind (bitte unter Angabe der Fallzahlen ausweisen)?
2. Wie viele der Haftbefehle aus Frage 1 sind länger als drei Monate, wie viele länger als sechs Monate und wie viele länger als ein Jahr offen (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
3. Wie viele Haftbefehle sind derzeit offen wegen Straftaten, die als Verbrechen kategorisiert werden, also mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht sind (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

20.

16.04.15

Nationale Projekte des Städtebaus

Wir fragen den Senat:

1. Werden für Bremen und Bremerhaven auch im Jahr 2015 Anträge auf eine Förderung von Investitionen aus dem Programm für „nationale Projekte des Städtebaus“ beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gestellt, und falls ja, für welche Projekte mit - laut Ausschreibung der Städtebaumittel - „überdurchschnittlichem Investitionsvolumen oder hohem Innovationspotenzial“?
2. War Bremens Antrag auf Förderung der Erneuerung und Ertüchtigung von Dach und Decke der Oberen Rathaushalle im Rahmen des Programms im Jahr 2014 erfolgreich?
3. Gibt es neben dem genannten Städtebauprogramm weitere Ausschreibungen des Bundes für die Förderung von städtebaulichen Innovationen, für die Bremer und Bremerhavener Bewerbungen sinnvoll wäre?

Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

21.

16.04.15

Personalplanung für die Vollzugsabteilung 26 (JVA Bremerhaven)

Wir fragen den Senat:

1. Will der Senat in den nächsten zwölf Monaten weiteres Personal aus der Vollzugsabteilung 26 (JVA Bremerhaven) nach Bremen abordnen, und wenn ja, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden davon betroffen sein, und wie viele Bedienstete sollen nach Abschluss der Maßnahme noch in der Vollzugsabteilung in Bremerhaven verbleiben?
2. Wann wird die Abordnung nach Bremen jeweils erfolgen, und wie lange soll sie dauern (bitte Zahl der Mitarbeiter getrennt nach geplantem Versetzungsdatum ausweisen)?
3. Wird die Zahl der in Bremerhaven tätigen Mitarbeiter nach der Abordnung ausreichend sein, um zu gewährleisten, dass die der Vollzugsabteilung 26 verbleibenden Bediensteten - insbesondere zur Eigensicherung - ihre Tätigkeit mindestens in doppelter Besetzung wahrnehmen können?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

22.

16.04.15

Wahlinformationsveranstaltungen ohne BÜRGER IN WUT

Wir fragen den Senat:

1. Warum wurden zu diversen, von der Werbeagentur DSA youngstar GmbH mit Genehmigung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft ausgerichteten Informationsveranstaltungen anlässlich der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 10. Mai 2015, die in den letzten Wochen während der Unterrichtszeit an mehreren Schulen im Land Bremen stattfanden oder noch stattfinden werden zwar Politiker aller in der Bürgerschaft vertretenden Parteien sowie von FDP und AfD, nicht aber Repräsentanten der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, eingeladen?
2. Wie erklärt der Senat, dass die Vorsitzende der Bremer Gesamtpersonalrats, Frau Doris Hülsmeier, mit Schreiben vom 20. März 2015 die Personalräte, die Ausbildungspersonalräte, die Frauenbeauftragten und die Schwerbehindertenvertrauenspersonen der Bremischen Verwaltung sowie Politiker aller in der Bürgerschaft vertretenden Parteien für den 16. April 2015 zu einer zwischen 9.30 Uhr und 13 Uhr und damit während der Dienstzeit stattfindenden Wahlinformationsveranstaltung unter dem Titel "Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst?" ins Konsul-Hackfeld-Haus einlud, während die Wählervereinigung BÜRGER IN WUT keine Einladung zur Teilnahme an diesem Event erhielt und noch nicht einmal darüber informiert wurde, und dass Frau Hülsmeier auf die schriftliche Nachfrage von BIW zu den Gründen für dieses Versäumnis bis heute nicht reagiert hat?
3. Wie bewertet der Senat die in Frage 1 und 2 beschriebenen Vorgänge im Lichte der durch das Grundgesetz gebotenen parteipolitischen Neutralität staatlicher Organe, insbesondere im Vorfeld von Wahlen, und was gedenkt die Landesregierung zu tun, um die erfolgten Benachteiligungen der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT zu heilen bzw. weitere Diskriminierungen der BIW durch Behörden und andere öffentliche Stellen im Land Bremen im Vorfeld der Bürgerschafts- und Kommunalwahlen am 10. Mai 2015 zu unterbinden?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT